



Änderungsantrag

der Abgeordneten **Volkmar Halbleib, Martina Fehlner, Annette Karl, Günther Knoblauch, Klaus Adelt, Inge Aures, Harald Güller, Nata-scha Kohnen, Dr. Herbert Kränzlein, Andreas Lotte, Dr. Christoph Rabenstein, Markus Rinderspacher, Florian Ritter, Bernhard Roos, Helga Schmitt-Bussinger, Reinhold Strobl, Isabell Zachari-as SPD**

2. Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2014

**hier: Kosten für Sachverständige
(Kap. 07 08 neuer Tit. 526 11)**

Der Landtag wolle beschließen:

Im Kap. 07 08 (Bayerische Medienförderung) wird der neue Tit. 526 11 „Kosten für Sachverständige“ ausgebracht.

Dort werden im Haushaltsjahr 2014 Mittel in Höhe von 80,0 Tsd. Euro veranschlagt.

Begründung:

In den vergangenen zehn Jahren haben die Tageszeitungen in Bayern eine halbe Million täglicher Auflage verloren. Auch in Bayern geht der Strukturwandel bei den journalistischen Printproduktionen zu Lasten der Medienvielfalt. Im Bereich des Lokalfernsehens ist allein schon die lokaljournalistische Grundversorgung nur mit Transfers öffentlicher Gelder zu sichern.

Es ist eine politische Aufgabe, auch künftig Unabhängigkeit und Vielfalt der Berichterstattung und Qualitätsjournalismus vor Ort finanzierbar zu erhalten, die ordnungspolitischen Rahmenbedingungen für die Medien in Bayern zu überprüfen und gegebenenfalls zu verändern, um für marktwirtschaftlich organisierte Zeitungsverlage, Medienhäuser und lokale Rundfunkveranstalter faire Bedingungen zu schaffen, um neue webgestützte lokaljournalistische Publikation zu fördern und ihre regionale Verankerung so weit wie möglich sicherzustellen.

Erforderlich dafür ist, dass belastbare empirische Daten zusammengestellt werden, weil nur dann die wirtschaftliche Relevanz und die Konsequenzen von Veränderungen abschätzbar sind. Deshalb soll die Staatsregierung ein medienwissenschaftliches Forschungsinstitut mit einem Gutachten beauftragen, das Vielfaltsituation und -perspektive lokaljournalistischer Angebote in Bayern herausarbeiten und insbesondere prüfen soll, welche Fördermaßnahmen im gesellschaftlichen Interesse der Organisation von Meinungsvielfalt praktikabel und erfolgsversprechend sind, beispielsweise die Gründung eines Fonds bzw. einer Stiftung zur Unterstützung lokaljournalistischer Projekte, die Förderung der Aus- und Weiterbildung von Medienschaffenden, die mit der lokalen und regionalen Berichterstattung befasst sind, Hilfsmaßnahmen und zinsgünstige Kredite für Verlage in wirtschaftlichen Schwierigkeiten, Start-Up-Förderung, Unterstützung von Crowd-Funding- oder Genossenschaftsmodellen.